



Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 07.07.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 05.03.2009, 15:30 Uhr bis 16:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal (119)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernhard Ensmann CDU

Frau Hildburg Holländer CDU

Herr Hans-Heinrich Lierenfeld CDU

Herr Wolfgang Simons CDU

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Frau Monika Schultes SPD

Herr Ossi Werner Helling Grüne

Herr Arif Ünal Grüne

Herr Mark Stephen Pohl FDP

Vertreterin für Herrn Stephan Pohl
(anwesend ab 16:05 Uhr, TOP 5.1)
(abwesend von 16:00 - 16:23 Uhr, TOP 5.1 bis 6)

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden pro Köln (abwesend von 15:31 - 15:36 Uhr)

Herr Michael Kellner Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Helga Eylert auf Vorschlag der CDU (abwesend ab 16:45 Uhr)

Frau Antje Fratini auf Vorschlag der FDP

Frau Britta Hollmann auf Vorschlag der Grünen

Frau Dr. Christiane Köhler auf Vorschlag der CDU entschuldigt

Herr Horst Ladenberger auf Vorschlag der Grünen

Frau Heidelore Puttkamer auf Vorschlag der CDU (anwesend ab 15:57 Uhr)

Herr Frank Schneider
Herr Dr. Walter Schulz

auf Vorschlag der SPD
auf Vorschlag der SPD

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Vertreterin des Diakonischen Werkes des ev. Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes Köln e.V.	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband
Herr Peter Krücker e.V.	Caritasverband für die Stadt Köln
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung	
Herr Viktor Ostrowski	PHOENIX	
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	(anwesend ab 15:35 Uhr)
Frau Carolina Brauckmann		

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Frau Ina-Beate Fohlmeister
Herr Josef Ludwig
Herr Klaus Müller-Starmann
Herr Hans-Jürgen Oster
Frau Johanna Preßmar-Cuber
Frau Marita Reinecke
Herr Stephan Santelmann

Schriftführer

Frau Claudia Kutzer

Presse Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kluth, weist auf die aktuelle Tagesordnung hin, in der die fett geschriebenen Punkte neu hinzugekommen sind. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 3.2, 4.7, 5.1, 5.2, 6.1, zu 8.1.2, 8.2.1 – 8.2.4, 9.4, 10.1 – 10.3, 11.1 – 11.4 und 19.1.

Die Ausschussmitglieder sind mit der geänderten Tagesordnung einverstanden.

Herr Kluth weist außerdem auf die Sondersitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren hin, die am Donnerstag, den 02.04.2009 um 14.00 Uhr im Ratssaal stattfinden soll. Es handelt sich hierbei um ein Hearing zur Straffälligenhilfe.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**

- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Pflegestützpunkte
0609/2009

 - 3.2 Köln-Pass Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der GeschO des Rates und der Bezirksvertretungen
5665/2008

- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Soziale Wohnraumförderung 2008 und Ausblick auf 2009
5794/2009

 - 4.2 Beschäftigungsförderung Mitteilung über geplante Investitionen im ABM-Stadtverschönerungsprogramm
0226/2009

 - 4.3 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009"
0367/2009

 - 4.4 Mehrgenerationenwohnen in Köln
5076/2008

 - 4.5 Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung:
2008
0434/2009

 - 4.6 Persönliches Budget beim Rehaträger: Amt für Soziales und Senioren

Bericht für das Jahr 2008
0591/2009

- 4.7 Abgestimmtes Belegungsmanagement für den öffentlich geförderten Wohnungsbau
0255/2009

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Umsetzung der Reform zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nach dem SGB II und SGB III bei der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
0809/2009

- 5.2 Neuorganisation SGB II
Wesentliche Eckpunkte zum Entwurf des Gesetzes zur Regelung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende
0912/2009

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 03/2009
0686/2009

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1. Situation obdachloser Menschen in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.01.2009
AN/0008/2009

8.1.2. Einladungen von Schülern und Schülerinnen durch die ARGE
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 19.01.2009
AN/0090/2009

Antwort der Verwaltung

0598/2009

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1. Wohn- und Teilhabegesetz
AN/0305/2009

8.2.2. Bewertungssystematik für Pflegeeinrichtungen
AN/0306/2009

8.2.3. Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II
AN/0307/2009

8.2.4. Investitionen in Mietobjekte
AN/0308/2009

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Verteilung der im Haushaltsplan 2008/2009 für das Jahr 2009 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben)
0215/2009

9.2 Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich (2009)
5901/2009

9.3 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
hier: Verein für Interkulturelle Bildung und Austausch e.V.
Wilhelm-Mauser-Str. 23-25, 50827 Köln
0648/2009

9.4 Verteilung der Fördermittel 2009 - Zuschuss für Stützpunkte im Rahmen des Förderkonzeptes offene Altenarbeit
0673/2009

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 10.1 Einladung von Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partnerstädte Kattowitz, Istanbul, Thessaloniki und Tel Aviv zum Christopher-Street-Day (CSD) 2009 in Köln
0601/2009
- 10.2 Zuschuss für den Förderverein SeniorenNetzwerk(ehemals Altentagesstätte) Keltershof/Sürth
0524/2009
- 10.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
0555/2009

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die Chance" im Sozialraum Chorweiler
0352/2009
- 11.2 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen
0504/2009
- 11.3 Kölner Bürgerhäuser - Zuschüsse zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote und überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0502, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren
0506/2009
- 11.4 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2008 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den freien Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Gesundheitswesens und Migration sowie der Träger der Bürgerzentren (künftig Träger)
0537/2009

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Pflegestützpunkte 0609/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.2 Köln-Pass Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der GeschO des Rates und der Bezirksvertretungen 5665/2008

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Soziale Wohnraumförderung 2008 und Ausblick auf 2009 5794/2009

Frau Schultes erklärt, die Tatsache, dass nur 38 Wohnungen auf städtischen Grundstücken errichtet werden, erscheine der SPD-Fraktion sehr wenig. Sie regt daher an, diese Mitteilung auch dem Liegenschaftsausschuss vorzulegen.

Frau Schultes hält es für wichtig, darüber nachzudenken, vermehrt städtische Grundstücke zu Verfügung zu stellen, um die angestrebte Zahl von 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr erreichen zu können.

Herr Ensmann merkt an, die Förderrichtlinien seien zu einem ungünstigen Termin verändert worden. Durch diese Veränderung der Richtlinien sei die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen, deren Zielzahl 1.000 ohnehin noch nie erreicht werden konnte, nochmals rückläufig gewesen und liege für das Jahr 2008 unter 500.

Herr Ensmann fragt, ob es realistisch sei, dass vor diesem Hintergrund in 2009 ca. 1.500 öffentlich geförderte Wohnungen erreicht werden können.

Herr Ensmann bittet weiter um Auskunft darüber, wie sich das Wärmeeinsparungsgesetz und die Energieeinsparverordnung auf Investoren und Mieter auswirken werden.

Herr Ludwig erklärt, davon ausgehend, dass die Förderrichtlinien nicht wieder zum 01.01.2010 geändert werden, sei die Verwaltung zuversichtlich, 2009 die Zahl von ca. 1.500 öffentlich geförderten Wohnungen erreichen zu können.

Zu den beiden Verordnungen im Bereich Energie liege inzwischen unter TOP 8.2.4 eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vor, die die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren ausführlich beantworten werde.

Herr Kluth fragt, ob bereits jetzt bekannt sei, dass neben den bisher bekannten Investoren auch weitere Investoren Anträge stellen wollen.

Frau Bredehorst betont, die angestrebte Zahl von 1.000 Wohneinheiten wäre bereits im letzten Jahr erreicht worden, wenn es nicht kurzfristig diese Richtlinienänderung gegeben hätte. Die Verwaltung gehe davon aus, dass in 2009 Investoren für 1.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen gefunden werden können. Insofern bedarf es keiner besonderen Anstrengung der Verwaltung.

Herr Helling bittet vor dem Hintergrund der gerechten Verteilung der knappen, preisgünstigen Wohnungen in Köln um Auskunft darüber, ob es möglich sei, zu ermitteln, in welchem Umfang es preisgünstige geförderte als auch nicht geförderte Wohnungen gebe.

Herr Ludwig verweist auf die geplanten Erhebungen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik zu einer Faktenanalyse zum preiswerten Wohnungsbau. Diese Analyse werde sich sowohl auf den freifinanzierten als auch den öffentlich geförderten Wohnungsbau beziehen. Die Verwaltung gehe davon aus, dass in der Mitte des Jahres alle Ergebnisse vorliegen werden. Damit sei auch eine sehr genaue Bestandsaufnahme über den preiswerten Wohnungsbau außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaus möglich.

Zu den baulichen Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand fragt Herr Ladenberger, ob dieses Angebot neu sei oder ob es bisher nur nicht angenommen wurde. Er bittet außerdem um Auskunft darüber, wie die Verwaltung auf dieses Angebot hinweise.

Herr Ludwig erklärt, die Fördermöglichkeit bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand gebe es schon seit ein paar Jahren. Dieses Angebot werde zurzeit jedoch nur bei selbstgenutztem Wohnungseigentum angenommen, nicht beim Mietwohnungsbau. Die Verwaltung wirke dem mit vielfältigen Imagekampagnen im öffentlich geförderten Mietwohnungsbau entgegen. Außerdem werde die Verwaltung

die großen Wohnungsunternehmen gesondert anschreiben und auf dieses Angebot hinweisen.

Herr Kellner verweist auf die Aussage auf Seite 5, wonach geförderter Wohnungsbau oft dort entstehe, wo er bereits mit einer hohen Prozentzahl vorhanden sei. Herr Kellner betont, diese Entwicklung führe doch sicherlich zu einer starken Belastung dieser Stadtteile.

Frau Bredehorst widerspricht der Aussage, dass geförderter Wohnungsbau eine Belastung für einen Stadtteil sein sollte. Sie betont, ca. 40 % der Kölner Bevölkerung sei berechtigt, in gefördertem Wohnungsbau zu wohnen.

Herr Ludwig ergänzt, dass sich der Standard im öffentlich geförderten Wohnungsbau in den letzten Jahren vehement verändert habe. Daher könne man den öffentlich geförderten Wohnungsbau von heute nicht mehr mit den Hochhausanlagen früherer Tage gleichsetzen, die in einigen Stadtteilen noch vorhanden seien. Es werde heute nur noch 4-geschossig und überwiegend barrierefrei gebaut. Man befinde sich derzeit auf einem Weg, wo sich öffentlich geförderter von frei finanziertem Wohnungsbau kaum noch unterscheiden lasse.

4.2 Beschäftigungsförderung Mitteilung über geplante Investitionen im ABM-Stadtverschönerungsprogramm 0226/2009

Herr Pohl (FDP) fragt in Bezug auf den Titel der Mitteilung nach dem ursächlichen Zusammenhang zwischen Beschäftigungsförderung und Stadtverschönerung.

Frau Bredehorst erläutert kurz, dass es sich bei dem ABM-Stadtverschönerungsprogramm um den Namen eines älteren Programms handele.

4.3 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009" 0367/2009

Herr Pohl (FDP) befürwortet grundsätzlich die Kampagne zum Kölner Ehrenamtspreis. Er erklärt, der Ausspruch „Ohne Ehrenamt ist alles doof!“ erinnere ihn jedoch sehr an eine Comicfigur. Die Abwandlung in Bezug auf das Ehrenamt erscheine ihm doch offensichtlich kopiert. Herr Pohl bittet um Mitteilung, ob die Benutzung des Ausspruchs und die Darstellung urheberrechtlich abgeklärt worden sei.

Frau Bredehorst sagt die Weiterleitung der Frage an die Fachverwaltung zu.

4.4 Mehrgenerationenwohnen in Köln 5076/2008

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung: 2008
0434/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Persönliches Budget beim Rehaträger: Amt für Soziales und Senioren
Bericht für das Jahr 2008
0591/2009**

Herr Ensmann begrüßt die Anstrengungen der Verwaltung, das persönliche Budget den Betroffenen noch näher zu bringen, damit diejenigen, die berechtigt seien, das persönliche Budget zu nutzen, dies auch tun.

Herr Ladenberger erklärt, es sei ein sehr schwieriges Thema. Die Zahl der Bewilligungen sei noch sehr gering. Das Vorgehen der Verwaltung, das Thema in verschiedenen Fachgesprächen weiter zu bearbeiten, halte er für adäquat.

**4.7 Abgestimmtes Belegungsmanagement für den öffentlich geförderten
Wohnungsbau
0255/2009**

Herr Kluth begrüßt die Regelungen zum Belegungsmanagement für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Er sei jedoch darüber verwundert, dass die Verwaltung nicht schon früher so verfahren sei.

Frau Bredehorst betont, in der Praxis verfare die Verwaltung schon länger so. Im Zuge der Neuausrichtung des Amtes für Wohnungswesen sei festgestellt worden, dass diese Praxis bei der Wohnungswirtschaft nicht bekannt war und dass oftmals Vorurteile gegen den öffentlich geförderten Wohnungsbau bestanden. Daher sei nun eine formelle Vereinbarung getroffen worden.

Herr Ludwig fügt hinzu, dass in der Zeit von 1998 bis 2006 bereits eine Vereinbarung mit der Wohnungswirtschaft bestanden habe. Diese sei zeitlich befristet gewesen und nach Ablauf nicht verlängert worden.

Die Verwaltung sei daraufhin 2008 erneut an die Wohnungswirtschaft herantreten und habe eine neue formale Vereinbarung zur Belegung vorgeschlagen.

Frau Bredehorst erklärt ausdrücklich, dass sich seither in der Praxis nicht viel verändert habe. Die Verwaltung habe auch in der Zeit ohne eine Vereinbarung nicht anders gehandelt. Der Effekt durch dieses Marketing sei jedoch sehr wichtig für den öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Herr Helling bittet um eine Gegenüberstellung der alten bis 2006 geltenden Regelung und der neuen Vereinbarung.

Die Verwaltung sagt eine Zusammenstellung der Regelungen für die nächste Sitzung zu.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Umsetzung der Reform zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nach dem SGB II und SGB III bei der ARbeitsGE-meinschaft (ARGE) Köln 0809/2009

Frau Bredehorst stellt kurz die wesentlichen Inhalte der Mitteilung über die Umsetzung der Reform zu Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nach dem SGB II und III bei der ARGE und die Einschätzungen und Befürchtungen der Kommunen dar.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die ARGE habe mit allen Trägern intensiv über das, was das Integrationsprogramm für 2009 mit sich bringe, diskutiert. Dieser Diskussionsprozess werde mit der Liga fortgeführt unter dem Aspekt, die neuen Instrumente im Verhältnis zu dem Integrationsprogramm zu betrachten.

Herr Müller-Starmann fügt hinzu, im unmittelbaren Anschluss daran, werde die ARGE mit den Trägern in die Beratung darüber eintreten, wie die großen Projekte, die alle Ende dieses Jahres auslaufen, fortgeführt werden können. Insofern handele es sich bei der vorliegenden Mitteilung um einen Zwischenstand. Herr Müller-Starmann erklärt abschließend, zentraler Bestandteil der Beratungen werden dabei die neuen Möglichkeiten des Gesetzes sein, Rahmenverträge mit einer Gesamtlaufzeit, einschließlich einer Option, von vier Jahren abzuschließen. Er sei zuversichtlich, dass sich mit diesem Gesetz die Planungssicherheit von Trägern entscheidend verbessern werde. Eine endgültige Entscheidung hierüber stehe bei der ARGE jedoch noch aus.

Herr Krücker bestätigt, dass über die Zielsetzung an sich Einigkeit bestehe. Er berichtet über die Wahrnehmung der Träger, dass eine Vielzahl von Maßnahmen bundesweit ausgeschrieben werden, aber für die Träger kaum erkennbar sei, wie diese ausgeschrieben Maßnahmen mit dem Integrationsprogramm in Zusammenhang stehen.

Herr Krücker befürchtet, dass diese über den Bund ausgeschrieben Maßnahmen nicht Bestandteil der Integrationsplanung der ARGE Köln seien. Er glaube, dass über diese vielen Einzelmaßnahmen die Grundstruktur, die man in Köln sehr erfolgreich erarbeitet habe, in Frage gestellt werde.

Herr Krücker sei gespannt, ob diese Zielsetzung in Köln auch weiter so erfolgreich verfolgt werden könne.

Herr Müller-Starmann erklärt, die ARGE Köln schreibe insgesamt drei Maßnahmetypen über das REZ (Regionales Einkaufszentrum) aus, damit man zu Beginn des Sommers mit diesen Maßnahmen beginnen könne. Er ist der Auffassung, dass die Maßnahmen, die die ARGE bis jetzt ausgeschrieben habe, sehr wohl in die strategischen Ziele des Integrationsprogramms passen. Mit dem Rest der vorgesehenen

Maßnahmen werde die ARGE noch in der 1. Jahreshälfte 2009 in die Fachöffentlichkeit gehen und diese diskutieren. Danach erfolge erst die Ausschreibung. Ob diese Ausschreibung zentral über das REZ oder über das Vergabeamt der Stadt Köln erfolge, sei noch zu entscheiden. Die ARGE tendiere jedoch eher dazu, bei den großen Maßnahmen eine Ausschreibung über das Vergabeamt der Stadt Köln vorzunehmen.

Frau Bredehorst ergänzt, die Kölner ARGE sei eine der wenigen Arbeitsgemeinschaften, die das kommunale Vergabeamt für Ausschreibungen nutzen.

Herr Kluth begrüßt dies.

Auf eine Frage von Herrn Ensmann teilt Herr Müller-Starmann mit, die großen Maßnahmen werden alle am 31.12.2009 enden. Das bedeute, dass nachfolgende Maßnahmen zum 01.01.2010 neu verhandelt und abgeschlossen sein müssen.

Herr Müller-Starmann erklärt auf Nachfrage von Frau Hollmann, die ARGE beabsichtige, nach dem Ende der Sommerferien die Ergebnisse der Ausschreibung bekannt zu geben und mitzuteilen, welcher Träger einen Zuschlag erhalten habe.

Herr Dr. Schulz würde es begrüßen, wenn aus den Ausschreibungen die spezifischen Ziele, die man in Köln verfolge, erkennbar wären. Bei manchen dieser zentral eingekauften Maßnahmen erscheine ihm dies nicht erkennbar.

Herr Müller-Starmann erklärt, diese Frage müsse bei Bedarf außerhalb der Sitzung detailliert diskutiert werden. Die Ausschreibungsform sei eine, die den Trägern Phantasie und Bereitschaft zum Mitdenken abverlangen werde. Die Träger werden aufgefordert sein, das, was die ARGE wolle, in eine programmatische Form umzusetzen.

5.2 Neuorganisation SGB II Wesentliche Eckpunkte zum Entwurf des Gesetzes zur Regelung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende 0912/2009

Frau Bredehorst teilt mit, zur aktuellen Information des Ausschusses habe die Verwaltung die wesentlichen Eckpunkte zum Entwurf des Gesetzes in einer Übersicht zusammengetragen.

Auf Nachfrage von Herrn Kluth teilt Frau Bredehorst mit, sie gehe davon aus, dass vor der Wahl keine Einigung über das Modell für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende erzielt werde.

Frau Bredehorst hält in dem vorliegenden Entwurf zwei wesentliche Aspekte für sehr störend. Dies sei zum Einen die fehlende Flexibilität im Hinblick auf die Personalgestaltung, zum Anderen die Tatsache, dass nicht die gleiche Augenhöhe zwischen den Beteiligten hergestellt werden könne. Sie bedaure es daher nicht, dass man sich im gestrigen Koalitionsausschuss nicht auf das vorliegende Modell geeinigt habe.

Herr Kersjes fragt, mit welchen Folgen man rechnen müsse, wenn eine Einigung erst nach der Bundestagswahl erzielt werde.

Frau Bredehorst erklärt, sie sei mit dem Kölner ARGE Modell sehr zufrieden. Je später die Entscheidung getroffen werde, desto weniger könne an dem bestehenden Modell verändert werden. Es bestehe ihrer Auffassung nach dann nur noch die Möglichkeit, Bestehendes für verfassungsmäßig zu erklären.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 03/2009 0686/2009

Herr Helling schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, im Namen des Ausschusses für Soziales und Senioren eine Stellungnahme an das Schulministerium und die Bezirksregierung abzugeben. Er sei davon überzeugt, dass politischer Druck ermöglichen könnte, den Standard der derzeit in Holweide erreicht sei, nicht abzubauen.

Herr Kluth hält das Konzept der Landesregierung inhaltlich für unsinnig. Es sei eine gewisse Kontinuität von Nöten, um hier Erfolge zu erzielen. Personal dort abzuziehen, wo der gemeinsame Unterricht gerade gut aufgebaut worden sei und dafür an einer anderen Schule neu anzufangen, halte er für falsch.

Herr Kluth ergänzt, ihm sei bekannt, dass zwischen den Fraktionen eine gemeinsame Resolution für den Ausschuss für Schule und Weiterbildung abgestimmt werde. Er spricht sich dafür aus, zunächst die gemeinsame Resolution des Ausschusses für Schule und Weiterbildung abzuwarten.

Herr Ensmann stimmt inhaltlich zu. Dem Erfolg von Resolutionen steht er aus persönlichen Erfahrungen heraus jedoch kritisch gegenüber.

Frau Reinecke berichtet, es sei signalisiert worden, die betreffenden Lehrerstellen in der Gesamtschule Holweide für das nächste Schuljahr noch nicht abzuziehen. Problematisch sei jedoch, dass dieser Personalbemessung ein neuer Erlass des Schulministeriums zugrunde liege, der dies sanktioniere.

Frau Reinecke befürchtet, dass Schulen, die im Sekundärbereich neu mit dem gemeinsamen Unterricht beginnen, entsprechend dieses Erlasses personell ausgestattet werden, d.h. schlechter ausgestattet werden als die Gesamtschule Holweide. Ihrer Meinung nach müssten nicht nur die Kürzungen in der Gesamtschule Holweide rückgängig gemacht werden, sondern es sei generell darauf hinzuwirken, dass die Bedingungen für den gemeinsamen Unterricht im Sekundärbereich verbessert werden.

Herr Kellner bestätigt, dass es sich hier um ein grundsätzliches Problem handele, das nicht nur auf die Gesamtschule Holweide beschränkt sei. Die Beigeordnete Frau Dr. Klein habe zugesagt, dass sie sich grundsätzlich für eine Verbesserung der Bedingungen für den gemeinsamen Unterricht einsetzen wolle.

Nachfolgend berichtet er über seine persönlichen Erfahrungen als Lehrer der Gesamtschule Holweide mit der dortigen personellen Situation.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dem Vorschlag von Herrn Kluth einverstanden.

Herr Pohl (FDP) fragt in Bezug auf die Barrierefreiheit, wie intensiv die Abstimmung mit dem Stadtraummanagement ausfalle.

Frau Reinecke teilt mit, das Büro der Behindertenbeauftragten sei immer wieder bei Abstimmungsprozessen zu verschiedenen Maßnahmen vertreten. Allerdings sei es leider so, dass im Baubereich die Frage von Ästhetik und architektonischen Vorstellungen im Widerspruch zur Barrierefreiheit stehen. Frau Reinecke verweist in diesem Zusammenhang auf eine aktuelle Diskussion über die Gestaltung des neuen Kulturzentrums am Neumarkt. Frau Reinecke geht davon aus, dass diese immer wiederkehrenden Diskussionen nicht so schnell ausgeräumt werden können.

Auf Nachfrage von Frau Eylert berichtet Frau Reinecke, dass sich bei dem Umbau des VHS-Gebäudes am Neumarkt die Verwaltung auf einem guten Weg befinde. Bei diesem und auch bei anderen grundsanierten Objekten sei man bestrebt, wesentliche Prinzipien der Barrierefreiheit einzubringen.

Abschließend weist Frau Reinecke auf die Veranstaltungsreihe „Der Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ und den Stadtführer „Einfach Köln“ hin.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Situation obdachloser Menschen in Köln hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.01.2009 AN/0008/2009

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

8.1.2 Einladungen von Schülern und Schülerinnen durch die ARGE hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 19.01.2009 AN/0090/2009

**Antwort der Verwaltung
0598/2009**

Auf Nachfrage von Herrn Kellner erklärt Herr Müller-Starmann zur Antwort auf Frage 3 (Seite 3 oben), der Besuch einer „Vollzeit“-schule gehe einer Arbeitsaufnahme vor.

8.2 Aktuelle Anfragen

**8.2.1 Wohn- und Teilhabegesetz
AN/0305/2009**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

**8.2.2 Bewertungssystematik für Pflegeeinrichtungen
AN/0306/2009**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

**8.2.3 Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II
AN/0307/2009**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

**8.2.4 Investitionen in Mietobjekte
AN/0308/2009**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

**9.1 Verteilung der im Haushaltsplan 2008/2009 für das Jahr 2009 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben)
0215/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, dass aus den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen für 2009, Haushaltsmittel in Höhe von 946.200 € zur Förderung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben) ausgezahlt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge gemäß der beigefügten Anlage 1 * und unter Beachtung der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich auszusahlen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.2 Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich (2009)
5901/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Frauenprojekte

- Feministisches Frauengesundheitszentrum „Hagazussa e.V.,
- Agisra e.V.,
- FrauenLeben e.V. und
- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

mit Haushaltsmitteln entsprechend der Anlage 1 * zu fördern.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten die Zuschüsse 2009 unverzüglich auszusahlen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
hier: Verein für Interkulturelle Bildung und Austausch e.V.
Wilhelm-Mauser-Str. 23-25, 50827 Köln
0648/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung des

„Verein für Interkulturelle Bildung und Austausch e.V.“,
Wilhelm-Mauser-Str. 23-25, 50827 Köln, als Interkulturelles Zentrum

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.4 Verteilung der Fördermittel 2009 - Zuschuss für Stützpunkte im Rahmen des Förderkonzeptes offene Altenarbeit
0673/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt aus den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen, die Mittel für die Förderung der Stützpunkte im Rahmen des Förderkonzeptes offene Altenarbeit in Höhe von 1.152.000 € für 2009, wie in Anlage 1 * zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu vergeben.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

**10.1 Einladung von Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partnerstädte Kattowitz, Istanbul, Thessaloniki und Tel Aviv zum Christopher-Street-Day (CSD) 2009 in Köln
0601/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt, auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und nach Vorberatung im Ausschuss für Soziales und Senioren, Repräsentantinnen und Repräsentanten von lesbisch/schwulen Organisationen aus den Partnerstädten Kattowitz, Istanbul, Thessaloniki und Tel Aviv zu einem Fach- und Eventprogramm im Rahmen des CSD-Festes 2009 in Köln gem. beigelegter Anlage * einzuladen.

Die hierfür im Haushaltsplan 2008/2009, Teilplan 01 - Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen für die Präsentation ausgewählter Partnerstädte auf dem CSD veranschlagten Mittel in Höhe von 10.000 € werden entsprechend freigegeben.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.2 Zuschuss für den Förderverein SeniorenNetzwerk(ehemals Altentagesstätte) Keltershof/Sürth
0524/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagte Transferaufwendungen, für 2009 die Freigabe der zusätzlichen Mittel in Höhe von 12.000 € für die Ausstattung und Förderung des Fördervereins SeniorenNetzwerk (ehemals Altentagesstätte) Keltershof/Sürth.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
0555/2009**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2009 Zuschüsse an die in der Begründung des Beschlussvorschlags aufgeführten Träger in Höhe von 45.000 € zu leisten.

2. Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der vorgenommenen Mittel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die Chance" im Sozialraum Chorweiler 0352/2009

Herr Dr. Heinen hält es für wichtig, regelmäßige Berichte für den Ausschuss zu erstellen, um eine Verzahnung zu erreichen und zu prüfen, welche Maßnahmen und Prozesse auf die Sozialräume übertragen werden sollten.

Herr Pohl (FDP) erklärt, er werde sich für seine Fraktion bei dieser Beschlussvorlage enthalten, da die FDP grundsätzlich den Output von Runden Tischen in Zweifel ziehe.

Herr Pohl erklärt ausdrücklich, er spreche sich trotz der Enthaltung für die Einrichtung des lokalen Büros „Die Chance“ in Chorweiler aus.

Herr Ensmann hält es für richtig, dass in Chorweiler mit dem lokalen Büro begonnen werde. Er sehe zwar auch Bedarf in anderen Stadtteilen, jedoch entspreche es den allgemeinen Erfahrungen, dass man nicht überall gleichzeitig intensiv arbeiten könne.

Herr Ensmann erwartet ebenfalls regelmäßige Berichte, um diesen Prozess begleiten zu können.

Herr Ladenberger hält es ebenfalls für wichtig, dass die U-25-Konferenz weitergeführt werde. Er nimmt Bezug darauf, dass in dem Thesenpapier an einigen Stellen zwischen anlagebedingter und soziogener Minderbegabung unterschieden und erläutert werde, wie man diese Minderbegabung feststellen könne. Dieser Aspekt werde seit langer Zeit im akademischen Raum kontrovers diskutiert.

Herr Ladenberger hält es für problematisch, dass daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die auf bestimmte Beschulungsarten hinweisen. Er bittet die Verwaltung, dies nochmals kritisch zu prüfen und zu den Seiten 4 und 12 Stellung zu nehmen, inwieweit die integrative Beschulung ein Förderinstrument für alle sein könne.

Frau Bredehorst weist darauf hin, dass es sich hierbei zunächst um einen Zwischenbericht handele. Sie betont, die Verwaltung habe hierbei erstmalig die gesundheitli-

chen und medizinischen Aspekte sehr stark integriert und versuche auch den Sozial- und den Gesundheitsbereich zusammenzubringen.

Dezernatsintern habe man die Kritik der Behindertenbeauftragten bereits aufgenommen. Frau Bredehorst teilt mit, die Verwaltung habe sich darauf verständigt, dass die Behindertenbeauftragte in die Arbeit der U-25-Konferenz einbezogen und mit dem betreffenden Arbeitskreis intensiv in die Diskussion eintreten werde.

Frau Bredehorst fügt hinzu, der Integrationsrat sei zunächst in der Beratungsfolge nicht erfasst gewesen, obwohl er in der U-25-Konferenz mit zwei Personen vertreten sei. Die Verwaltung habe jedoch den Zwischenbericht über die U-25-Konferenz im Integrationsrat verteilt.

Herr Ladenberger ist mit der Vorgehensweise der Verwaltung einverstanden.

Herr Helling bittet darum, den Auszug aus dieser Niederschrift in die nachfolgenden Gremien zu geben.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in gemeinsamer Geschäftsführung mit der Agentur für Arbeit Köln die Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln zunächst für weitere 2 Jahre fortzuführen, den dem Beschlussvorschlag beigefügten Zwischenbericht der U 25 Konferenz fortzuschreiben und die Fachausschüsse regelmäßig über die Ergebnisse der Arbeitskonferenz zu informieren.

Die personelle Ausstattung wird für den Zeitraum der Fortführung wie folgt festgelegt:

- a) 1 Stelle A 13 g.D. Projektleitung
- b) 1 Stelle A 11 für die fachliche Prozessbegleitung SGB II (wie bisher durch ArGe einzubringen und zu besetzen)
- c) fachliche Prozessbegleitung SGB VIII
Fachressource aus dem Aufgabenbereich Übergang Schule - Beruf (u.a. § 13 SGB VIII) im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden
- d) Fachberatung SGB III
Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit der Agentur für Arbeit Köln sicherzustellen, dass entsprechende Fachressourcen aus dem Rechtskreis des SGB III für die U 25 Konferenz und die von dort initiierten Projekte ebenfalls im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden zur Verfügung zu gestellt werden.

Weiterhin beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, im Rahmen der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25 Konferenz) das lokale Büro „Die Chance“ im Sozialraumgebiet Chorweiler als Modellprojekt einzurichten.

In diesem Büro sollen Agentur für Arbeit Köln, ARGE Köln, Schulamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Sozialamt mit dem Ziel einer optimierten Umsetzung ihrer jeweiligen originären Aufgabenstellungen zusammengebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

11.2 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen 0504/2009

Frau Wilden kritisiert die uneingeschränkte Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten und hält das Integrationskonzept für verfehlt.

Frau Bredehorst betont, die Verwaltung und wohl auch die Mehrheit dieses Ausschusses empfinde es nicht als alarmierend, sondern als gut und schön, dass ein großer Teil der Kölner Bevölkerung migrantischen Ursprungs sei und hält dies für eine Bereicherung für die Stadt.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage in der Fassung des Integrationsrates zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme der folgenden Beschlussvorlage, in der Fassung, wie sie der Integrationsrat beschlossen hat:

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
 - unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
 - die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.
2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion

11.3 Kölner Bürgerhäuser - Zuschüsse zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote und überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0502, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren 0506/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt für 2009 die Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote für die auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes der Kölner Bürgerhäuser arbeitenden Einrichtungen sowie überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Teilergebnisplan 0502, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in Höhe von 34.000 € in Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, und in Höhe von 66.000 € in Zeile 15, Transferaufwendungen.

Deckung erfolgt durch entsprechenden Wenigeraufwand in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.4 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2008 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den freien Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Gesundheitswesens und Migration sowie der Träger der Bürgerzentren (künftig Träger) 0537/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat erklärt sich mit einer zunächst pauschalierten Verteilung der für den HPL. 2008/2009 beschlossenen Mehraufwendungen für die aktuelle Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst bei den Zuschüssen an die freien Träger der Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Gesundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren in dem gemäß den Anlagen des Beschlusses beigefügten Umfang für die Teilpläne

a) 0101 - Innere Verwaltung -	in Höhe von	12.400 €
b) 0502 - Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren	in Höhe von	87.400 €
c) 0701 - Gesundheitsdienste -	in Höhe von	206.800 €
d) 1003 - Wohnen -	in Höhe von	100.600 €
e) 0501 - Soziale Hilfen - sowie	in Höhe von	261.500 €
f) 0601 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe -	in Höhe von	1.516.200 €

mit einem Gesamtvolumen von 2.184.900 € einverstanden.

Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass die Verwendung der Mittel per Verwendungsnachweis nachzuweisen ist und etwaige Überzahlungen schnellstmöglich verrechnet werden („Spitzabrechnung“).

Zur Umsetzung beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2009 überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand zu den Buchstaben a) bis d) in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwand - von insgesamt 407.200 €

Die Deckung zu a) bis d) erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in 2009 aus dem Teilplan 0501 - Soziale Hilfen -, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen -. Transferaufwand „Grundsicherung nach dem SGB II.

Zu den Maßnahmen e) und f) entsteht kein überplanmäßiger Mehraufwand, da sie sich aus den eigenen Teilplänen durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Rahmen der Sollumbuchung finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.